

18.12.74
Regierungskommunikation
Vor dem 3 BT
Ru/Lp

Handwritten signature

- 74, 2 -

Schmidt, Bundeskanzler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dieser Woche erfüllen uns die Entwicklung in Polen und die Verhängung des Kriegsrechts dort mit tiefer Sorge. Wir hören von zahlreichen Verhaftungen, von großen Internierungslagern, von Zusammenstößen, von Verletzten[?] und von Toten[!] Soldaten schießen auf Arbeiter. Gewerkschaftler werden verhaftet. Die "Solidarität" wird zerschlagen.

Ich stehe mit ganzem Herzen auf der Seite der Arbeiter!

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und Wir alle wünschen von ganzem Herzen, daß der Kriegszustand in Polen alsbald beendet werde.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Johannes Paul II. hat ~~appelliert~~ appelliert, daß kein polnisches Blut vergossen werde, da schon so viel polnisches Blut geflossen sei. Angesichts der deutsch-polnischen Geschichte muß sich jeder deutsche Politiker diesem ~~Appell~~ Appell anschließen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es dürfen den tiefen Leiden des polnischen Volkes nicht neue Wunden hinzugefügt werden.

Die Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben Anfang der Woche in London gemeinsam gesagt, mit welchen Gefühlen und Erwartungen die Regierungen und Völker die Vorgänge in Polen beobachten. Die Bundesregierung schließt sich dieser deutlichen Erklärung voll und ganz an. Ich teile vor allem die Erwartung, daß alle Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen enthalten, daß die Polen ihre Probleme

selbst und ohne weitere Anwendung von Gewalt lösen

(Beifall bei allen Fraktionen)

und daß die polnische Regierung selber ihre Verpflichtungen aus der Helsinki-Schlußakte ernsthaft erfüllt, so daß der unterbrochene Prozeß der Reform und der Erneuerung wieder aufgenommen werden kann.

Wir stehen zu denen, die, wie der Papst, helfen wollen, daß die Entwicklung nicht für die Polen ⁷ und sogar für uns alle ¹⁵ lebensgefährlich werden könnte.

Unsere eigene Politik gegenüber der Volksrepublik Polen bleibt eine Politik des strengen Respekts vor der nationalen Unabhängigkeit dieses Staates, ^{Aber} ~~aber~~ sie bleibt auch eine Politik, die unsere tiefe Sympathie mit den Menschen in Polen zum Ausdruck bringt.

Wir wollen deshalb im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft die Nahrungsmittelhilfe an Polen fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Die vielfältige spontane Hilfsbereitschaft von Tausenden unserer Mitbürger bestätigt diesen Kurs der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich bitte jedermann: Lassen Sie in Ihrer aktiven Solidarität mit dem polnischen Volk nicht nach!

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Diese Solidariät ist ja auch ein Ausdruck unseres deutschen Friedenswillens und unserer Friedensbereitschaft.

Den gleichen Friedenswillen beweisen die Gespräche, über die ich heute zu berichten habe.

^{erstens} Ich hatte/am 3. Dezember den Bundestag über Verlauf und Ergebnisse unserer Gespräche mit dem sowjetischen Generalsekretär berichten können. Ich hatte im Zusammenhang damit zweitens davon gesprochen, daß mit dem Beginn der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf ein Tor aufgestoßen worden ist, das den Weg für Fortschritte eröffnet, den Frieden in Europa und in der Welt sicherer zu machen. Heute kann ich dem Parlament drittens Rechenschaft über mein Treffen mit dem Vorsitzenden des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, Generalsekretär Erich Honecker, ablegen, das am 11., 12. und 13. Dezember am Werbellinsee und am Döllnsee in der Uckermark stattgefunden hat. Alle drei Ereignisse fügen sich in die friedenspolitische Gesamtkonzeption der Bundesregierung ein.

Das Treffen zwischen Herrn Honecker und mir, das erste auf deutschem Boden seit den Begegnungen zwischen Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt und Kassel mehr als ein Jahrzehnt zuvor.

(BK Schmidt)

- 74, 7 -

Tr/Mk

erlaubt ein ähnliches Urteil, wie es für den Beginn der Genfer Verhandlungen gegeben wurde, und zwar in zweierlei Hinsicht: Das Treffen lieferte einen deutsch-deutschen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung, und es bedeutete zugleich einen neuen Anlauf auf dem mühseligen Weg hin zu einem gutnachbarlichen Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten und ihren Bürgern. Die Chance zur konstruktiven Fortsetzung auf vielen Gebieten ist eröffnet.

Herr Honecker und ich hatten diese Begegnung seit längerem beabsichtigt. Wegen des Einmarsches in Afghanistan und wegen eines im vorigen Sommer drohenden Einmarsches in Polen wurde die Begegnung zweimal verschoben. Aber die Menschen in der DDR wie bei uns erhofften sich aus einer solchen Begegnung eine Perspektive für die Zukunft, und ich wollte ihnen dazu Mut machen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Vor fast 20 Jahren haben Marion Gräfin Dönhoff, Theo Sommer und Rudolf Walter Leonhardt ^{über} einem Bericht/eine Journalistenreise, die sie ~~unter~~ durch die DDR ~~unternommen hatten~~ den Titel "Reise in ein fernes Land" gegeben. Seit zwölf Jahren hat sich die Bundesregierung ^{an} der sozialliberalen Koalition aus Überzeugung und mit Leidenschaft darum bemüht, diese "Ferne" zu verringern. Wir sind im Laufe dieser zwölf Jahre einander tatsächlich etwas nähergerückt. Aber die Hürden der Abgrenzung sind noch immer ~~sehr~~ sehr hoch. Und für Millionen Deutsche sind diese Hürden immer noch unübersteigbar. Deshalb war das Treffen notwendig.

Das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten hat nach einer Phase der Rückschläge den Anlauf zu neuen Fortschritten nötig.

(Beifall bei der SPD)

(BK Schmidt)

- 74, 8 - 10 -

Tr/Mk

Der sehr lange, fast 15stündige, sehr intensive und freimütige politische Meinungs-
austausch zwischen Herrn Honecker und mir gehört mit zu den intensivsten Gesprächen, die ich als Bundes-
kanzler mit einer anderen Regierung bisher geführt habe.

- folgt Seite 11 -

Er verlief übrigens in freundlichem Ton und hat insgesamt zu mehr gegenseitigem Verständnis geführt, zur besseren Befähigung, den jeweils anderen richtig in seinen Zielsetzungen, in seinen Bestrebungen einzuschätzen.

Dieses gegenseitige Verständnis ist für eine positive Entwicklung unerlässlich. Noch sind wir von gutnachbarlichen Beziehungen weit entfernt, aber wir haben in sehr schwierigen, zugleich sehr offen geführten Gesprächen größere Klarheit über die beiderseitigen Interessen gewonnen. Wir haben gesucht, Vergangenes aufzuarbeiten, um künftig zumindest vernünftiger miteinander umgehen zu können. Dies war seit langem nötig.

Wenn das Geflecht der Beziehungen verstärkt und ausgebaut werden kann, so wird es für die Menschen in beiden deutschen Staaten von Nutzen sein.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir haben diese Möglichkeit angestrebt, und wir haben sie wahrgenommen. Ich habe dies aus Überzeugung getan, weil nämlich die Menschen hier und ebenso drüben die Erfüllung dieser Pflicht von jedem deutschen Bundeskanzler erwarten dürfen.

Sicher gilt: Auch nach diesen Gesprächen bleibt es bei dem Spannungsverhältnis zwischen der Realität ~~der Wirklichkeit~~ der Existenz zweier deutscher Staaten und der in der Präambel unseres Grundgesetzes niedergelegten Aufforderung an das gesamte deutsche Volk ⁱⁿ freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. ^{HA} ^{||}

Die gegensätzlichen Auffassungen in dieser Frage und in anderen grundsätzlichen Fragen sind am Werbellinsee, ⁱⁿ am Döllnsee nicht vertuscht worden. Und es hat sich keiner der Illusion hingeeben, er könne den anderen zwingen, seine Überzeugungen aufzugeben. Wir haben unsere Positionen in aller Offenheit deutlich gemacht. Das gilt auch und gerade für die nationale Frage; denn - und dies ist meine tiefe Überzeugung - der Gedanke der Nation, die Identität der Nation, ist bei uns Deutschen unverändert lebendig und gegenwärtig.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

In ^{meiner} einer Regierungserklärung am 3. Dezember hatte ich hier darauf hingewiesen, daß im Vordergrund dieses Treffens das Gespräch, ^{und} der Dialog zwischen den beiden deutschen Staaten stehen sollen und daß es bei dieser Gelegenheit keine Unterzeichnung von neuen Abmachungen geben werde. Ich hatte mich ausdrücklich gegen Spekulationen und Erwartungen und hochgehänge Meßlatten gewendet. Tatsächlich sind beide Seiten ohne Vorbedingungen in diese Gespräche gegangen. Wir haben unsere Anliegen unmißverständlich vertreten, und natürlich gehört dazu auch die Mindestumtauschregelung.

Die Bundesminister Franke und Graf Lambsdorff haben durch persönlichen und sachlichen Einsatz dazu beigetragen, daß diese Reise Früchte tragen kann. Im nächsten Jahr können - so ist meine begründete Hoffnung - Bewegungen für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in verschiedenen Bereichen erkennbar werden. ^{Es ist} ⁱⁿ den Gesprächen deutlich geworden, daß auch die DDR-Führung an einer Überwindung der



Stagnation interessiert ist. Ich entnehme einem Interview, das Generalsekretär Honecker am Mittwoch dem "Neuen Deutschland", einer in Ost-Berlin erscheinenden Zeitung der SED, gegeben hat, daß auch er im Geiste des Treffens an die praktische politische Umsetzung der Gesprächsergebnisse herangehen will.

Wir selbst haben schon begonnen, die Anstöße, die sich aus dem Treffen ergeben haben, in die Praxis umzusetzen. ———— (

Gestern wurde eine Vereinbarung über eine sechsmonatige Verlängerung der derzeit geltenden ~~Swing-Regelung getroffen, deren~~ ^{Swing-Regelung getroffen, deren} Auslauf ~~am~~ ^{den} 31. Dezember dieses Jahres terminiert ~~gewesenen~~ ^{gewesenen} ~~Swing-Regelung~~ ^{Swing-Regelung} abgeschlossen.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen uns und der DDR sind ausbaufähig. Beide Seiten sind bestrebt, sie auszubauen. Dazu kann auch ein langfristiges Rahmenabkommen Impulse beitragen, das die Ernsthaftigkeit einer langfristigen Ausgestaltung des deutsch-deutschen Verhältnisses zum Ausdruck bringt und weiterhin fördert.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Beide Seiten wollen demnächst Gespräche darüber aufnehmen. Es besteht Einvernehmen, daß die bestehenden Verfahren und Abkommen ~~also~~ ^{also} insbesondere das Berliner Abkommen von 1951 ~~nicht~~ ^{nicht} eingeschränkt, sondern daß sie ergänzt werden sollen. Die kommerziellen Verträge würden weiterhin voll im Rahmen der bestehenden Abkommen abgewickelt werden. Die TSI würde als Treuhandstelle für Industrie und Handel uneingeschränkt ihre Arbeit fortsetzen, einschließlich - wie bisher - aller Berliner Firmen.

Aber es gibt auch keinen Zweifel, daß wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen nicht aus dem Gesamtzusammenhang der Beziehungen herausgelöst werden können. Wir haben der anderen Seite auch bei diesem Treffen deutlich gemacht, daß vor allem der Mindestumtausch, die Fragen des Reise- und Besucherverkehrs in beiderlei Richtung sowie die humanitären Fragen in den gleichen politischen Zusammenhang gehören, wenn auch einzelne Entscheidungen nur souverän getroffen werden können.

Wie erwartet, hat die DDR-Führung ihre Grundsatzforderungen aufrecht^{erhalten}; ich will sie hier nicht nochmals aufzählen. Ich habe unterstrichen, daß die Bundesregierung sich strikt an das Grundgesetz und an die Bestimmungen des Grundlagenvertrages hält und halten wird. Eine Änderung dieser Grundlagen kommt nicht in Betracht.

Die Bundesregierung wird sich aber bemühen, in praktischer Hinsicht das zu tun, was innerhalb dieses Rahmens ihr möglich ist. Die DDR hat verstanden, daß für uns ~~die deutsche Staatsbürgerschaft~~ / die deutsche Staatsangehörigkeit / ~~ich korrigiere mich~~ / ^{wird} unabdingbar ist, wie sie durch das Grundgesetz vorgegeben ist. Uns ist bewußt, daß die DDR 1967 ein eigenes Staatsbürgerschaftsgesetz erlassen hat. Wir sollten aber nicht aus dem Auge verlieren, daß nicht alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik - ich verwende hier die Terminologie des Bundesverfassungsgerichts! -, ~~daß nicht alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik~~ / die zu uns kommen, bei uns Rechte in Anspruch nehmen wollen, die jedem Deutschen zustehen. Ich denke hier z. B. an Vertreter von Institutionen, von Betrieben oder Medien der DDR, die vorübergehend in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten. Mir will z. B. nicht einleuchten, warum sie zu allgemeinen Wahlen Wahlbenachrichtigungen erhalten ~~haben~~ oder von Wehrersatzämtern erfaßt werden. Wenn wir in diesem Sinne die tatsächlich existierende DDR-Staatsbürgerschaft respektieren - in diesem Sinne -, so wird der uns vom Gesetz und Grundgesetz vorgegebene Rahmen sicherlich nicht angetastet.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Die nicht zu behebenden Unterschiede und Gegensätze in grundsätzlichen Fragen müssen durch ein Geflecht des für beide Seiten

(Schmidt)

- 74, 18 -20 -

Ja/By

praktisch Möglichen und Vernünftigen gemildert werden. Nur auf diesem Wege sind vernünftige nachbarschaftliche Beziehungen zu erreichen, die dann später zu guten nachbarschaftlichen Beziehungen ausgebaut werden können,

(Beifall bei der SPD und der FDP)

um ~~von~~ sodann noch später in ein wirkliches Miteinander einzumünden.

(Erneuter Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir haben uns für die angenehme Gastfreundschaft von seiten der DDR-Führung bedankt. Auf den Schluß des Treffens hat allerdings der übertriebene Polizei- und Parteieinsatz in Güstrow einen Schatten geworfen,

(Beifall bei der SPD und der FDP - Dr. Mertes (Gerolm ~~mann~~ ~~CDU~~ stein) (CDU/CSU): Einschließen der Bevölkerung!)

der vielen Güstrower Bürgern die Möglichkeit genommen hat, Herr Mertes, mit meinen Begleitern und mir ~~einen~~ direkten Kontakt zu ~~haben~~ aufnehmen

Lebhaft

(Dr. Marx (CDU/CSU): Das war ein sehr "freundschaftlicher" Dienst!)

Der Kontrast zwischen dem Verständnis in den Delegationsgesprächen einerseits und diesem Spektakul^arum andererseits beleuchtet die Schwierigkeiten, ~~in denen sich~~

(Dr. Marx (CDU/CSU): Das zeigt das wahre Gesicht!) - ^{Weitere Zurufe von der CDU/CSU} ~~in~~ denen sich deutsch-deutsche Begegnungen noch immer gegenübersehen.

Aber Güstrow steht auch, meine Herren Zwischenrufer, für eine andere Erfahrung. Unser gemeinsamer Besuch im Dom, der Besuch des - ich zitiere - "Marxisten Erich Honecker und des Christen Helmut Schmidt", ^{wie} Landesbischof Heinrich Rathke uns beide dort aneredet hat, ^{dieser} Besuch und das Fernsehbild dieser drei Personen nebeneinander auf dem Gestühl des Chores

(Zurufe von der CDU/CSU)

hat den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und ~~den~~ den Bürgern bei ~~uns~~ ^{uns} und, und zwar nicht nur den Christen unter uns, [!] ein wichtiges Zeichen der Gemeinsamkeit gegeben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP - Zurufe von der CDU/CSU)

der Gemeinsamkeit

- Dies war ein wichtigeres Zeichen, Herr Abgeordneter Marx,

(Dr. Marx (CDU/CSU): So etwas Peinliches!)

der ~~Gemeinsamkeit~~, als Tischreden, Kommuniqués, Resolutionen oder Zwischenrufe dies geben können.

(Beifall bei der SPD und der FDP - Dr. Marx (CDU/CSU):
Das stecken Sie sich an den Hut!)

Ich selbst kann an dieses Erlebnis im Güstrower Dom nicht ohne innere Bewegung zurückdenken. Der Landesbischof hatte Herrn Honecker und mich darauf hingewiesen, daß Barlach, der Güstrower Dom und die ^{Ostseeraumes} Backsteingotik des ~~Rxxxxx~~ Symbole dessen sind, "was wir gemeinsam haben," so sagte er, "Gemeinsame Vergangenheit und Erinnerung," sagte er. Ich habe ihm erwidert, daß dieses Erbe auch gemeinsame Zukunft bedeuten könne.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Bundesminister Franke und Staatsminister Huonker haben in meinem Namen Kränze im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen und auf dem Soldatenfriedhof Halbe niedergelegt, wo neben deutschen Soldaten russische Zwangsarbeiter beerdigt sind. Auch dies hat die gemeinsame Vergangenheit ins Bewußtsein gerufen, den gemeinsamen geschichtlichen Hintergrund, auf dem die Bemühungen um Annäherung und Verständnis erst ihre Tiefenschärfe gewinnen.

Dieser gemeinsame geschichtliche Hintergrund gilt heute unverändert so wie damals, als nach 1969 die sozialliberale Koalition die Wende in der Deutschlandpolitik eingeleitet und mit dem Vertragswerk der frühen 70er Jahre Grundlagen und Rahmen für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander geschaffen hat. Damals hat sich diese Koalition aktiv in den zwischen den beiden Weltmächten in Gang kommenden Entspannungsprozeß eingeschaltet. Sie hat ihn zugleich genutzt, und sie hat ihn zugleich verstärkt. Heute bieten die kritischen Probleme, die gefährlichen Probleme zwischen Ost und

(BK Schmidt)

- 74, 23 725 -

Kn/S1

West eine völlig andersartige Chance, nämlich durch friedenspolitische Anstrengungen zugleich zu besserer deutsch-deutscher Nachbarschaft zu gelangen.

Natürlich waren unsere Gespräche ein Teil des heute so dringend nötigen Dialogs zwischen ^{West} ~~Ost~~ und ^{Ost} ~~West~~. Wir haben natürlich die Lage in Europa sorgfältig erörtert, dabei besonders über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle gesprochen. Wir haben die Gegensätze dabei nicht verkleistert, sondern sehr klar, ^{und sehr} ~~sehr~~ offen miteinander geredet, und ich habe auf der Grundlage der gemeinsamen westlichen Position ⁱ unseres atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft ^A gegenüber Herrn Honecker natürlich ebenso eindeutig gesprochen wie schon vier Wochen ^{zuvor} ~~vorher~~ gegenüber Herrn Breschnew.

Als Deutsche in der DDR und als Deutsche in der Bundesrepublik Deutschland tragen wir gemeinsame Verantwortung dafür, daß ~~xxx~~ durch unseren Umgang miteinander Spannungen in Europa nicht verschärft, sondern ~~Spannungen in Europa~~ so weit wie möglich abgebaut werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Unsere Partner im Westen, aber auch unsere Nachbarn in Osteuropa müssen und können darauf vertrauen - so habe ich dies vor dem Bundestag am 9. April dieses Jahres gesagt -, daß jedenfalls von der Entwicklung in ~~Deutsch~~ Deutschland keine zusätzlichen Spannungen ausgehen.

Kommuniqué

Im ~~Kommuniqué~~ vom letzten Sonntag heißt es,

"....., daß vom ~~xxx~~ Verhältnis der beiden deutschen Staaten keine zusätzlichen Belastungen für das Ost-West-Verhältnis ausgehen dürfen."

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dies ist ein wesentliches Element der Deutschlandpolitik dieser Bundesregierung.

Nun zweifle ich nicht, daß die Sorge um die Erhaltung des Friedens auch im Denken und in der Politik der politischen Führer der DDR eine zentrale Rolle spielt. Ich zweifle nicht daran, daß der Wille zum Frieden in der DDR ebenso stark ist wie bei uns. Ich stimme mit Generalsekretär Honecker überein: Vorrän^gige Aufgabe ist, konkrete Vereinbarungen über ein stabiles Gleichgewicht der militärischen Kräfte in Europa auf möglichst niedrigem Niveau zu erzielen. Zu einem Zeitpunkt, in dem die zentralen Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen in Genf eben begonnen haben, ist diese Übereinstimmung wichtig, und ich hoffe, sie ist hilfreich.

Ich halte es für nützlich und für notwendig, diesen Meinungsaustausch über internationale Fragen mit der DDR fortzusetzen, sei es bei späteren ~~Begegnungen~~ mit Generalsekretär Honecker, sei es in Gesprächen der Außenminister, die es ja schon mehrfach gegeben hat. Durch solchen Meinungsaustausch soll und kann Vertrauen wachsen. Ich stimme Bundesminister Genscher nachdrücklich zu, wenn er formuliert, daß man nach neuen Wegen sucht, um die Sicherheit der Völker durch einen Ausgleich, durch eine Verzahnung der Interessen zu gewährleisten, und eben nicht in dem Streben nach Überlegenheit oder gar nach ideologischer Missionierung. Ich wiederhole Genschers Wort von der Deutschlandpolitik als europäischer Friedenspolitik.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

In der Tat können bessere deutsch-deutsche Beziehungen dazu beitragen, das Verhältnis zwischen West und Ost in Europa stetiger und verlässlicher zu machen.

Nun haben im Nachhinein der bayerische Ministerpräsident und einige andere mir geraten, wir hätten angesichts der Entwicklung in Polen unsere Gespräche mit Generalsekretär Honecker

Sonntag früh
und seiner Delegation ~~sonntagfrüh~~ abrupt abbrechen sollen.

Ich frage mich, was Sie eigentlich erreichen wollten, die mir
solches angeraten haben. Welchen Menschen wollten Sie damit
eigentlich helfen?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP - Zurufe
von der CDU/CSU: Den Polen!)

-folgt S. 31 -

Welche Menschen hätten davon einen Nutzen haben sollen? - Wenn Sie mir "Polen" dazwischenrufen, antworte ich Ihnen: Eine vorwegnehmende Dramatisierung der Ereignisse in Polen ausgerechnet durch uns Deutsche hätte tatsächlich weder den Polen noch den Deutschen ~~genützt~~ genützt.

(a)
(Lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP)

Deutsche dürfen sich immer noch nicht zum Richter über Polen aufwerfen, immer noch nicht!

(Erneuter Beifall bei der SPD und der FDP)

Es war umgekehrt vielmehr richtig und hat umgekehrt vielmehr der internationalen Lage ~~und der Lage in der~~ DDR geholfen, daß ich am Sonntagmorgen auf dem Boden der DDR öffentlich und für alle Bewohner der DDR hörbar der Hoffnung Ausdruck geben konnte, daß es den Polen gelingen möge, ihre inneren Konflikte allein und selbst zu lösen.

(Beifall bei der SPD und der FDP - Dr. Wörner (CDU/CSU): Durch die Marionetten der Russen!)

Ich habe am 3. Dezember hier an diesem Ort gesagt, das Erscheinungsbild ^{der} von CDU und CSU in der Friedens- und Sicherheitspolitik sei diffus, ^{Sch} und habe damals die Opposition um Klarstellung ihres Kurses und ihrer Absichten gebeten. Diese ~~Klarstellung~~ ^{gestillt} ist bisher nicht ^{erfolgt} und heute erlebt jedermann erneut die gleiche Direktionslosigkeit.

(Zustimmung bei ~~Abgeordneten~~ der SPD - Dr. Marx (CDU/CSU): Was Sie da sagen, ist Unfug!)

So sagt der Berliner Regierende Bürgermeister von Weizsäcker, CDU, unter großem Beifall einer großen Versammlung in Berlin, niemand hätte es verstanden, wenn unsere Reise in die DDR

ref der
WR

(BK Schmidt)

wegen der Ereignisse in Polen abrupt abgebrochen worden wäre; dies hätte vielmehr die neuerlichen deutsch-deutschen Ansätze, dies hätte Vertrauen zerstört.

(Beifall bei der SPD und der FDP - Wehner (SPD):
Hört! Hört!)

Ich teile von Weizsäckers Meinung, die übrigens den spezifischen Interessen der Stadt entspricht, die er zu regieren hat.

(Erneuter Beifall bei der SPD und der FDP)

~~Herr~~ Herr Ministerpräsident Strauß, CSU, sagt gleichzeitig öffentlich das Gegenteil. ~~Und~~ Herr Ministerpräsident Späth, CDU, ~~wiederum~~ ^(Wiederum) äußert sich ~~auf~~ der Linie von Weizsäckers.

~~(Vereinzelt Zustimmung bei der SPD)~~

Herr Kohl, der eine gemeinsame Fraktion von CDU und CSU leitet, muß sich nun heute morgen zwischen diesen beiden Auffassungen entscheiden.

(Beifall bei der SPD und der FDP - Vogel (Ennepetal)
(CDU/CSU): Sie sind ein Kanzler! - *Weitere* ←

Herr Dr. Kohl, Sie werden diese Entscheidung nicht gerne treffen.

~~weil~~ ^[Zurufe von der CDU/CSU] ~~Wir~~ ^[ja] ~~erkennen~~, wie in der trügerischen Hoffnung auf einen raschen Kanzlerwechsel allzu leicht vergessen wird, daß jedweder Führungsanspruch nur durch klare Zielsetzungen, durch Leistung und durch Entscheidungskraft begründet werden kann.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP - Lachen und *Zurufe*
~~bei Abgeordneten~~ ^{von} (der CDU/CSU)

Wer kein Risiko eingehen will, der kann auch nichts gewinnen.

(Erneuter Beifall bei der SPD und der FDP - Vogel
(Ennepetal) (CDU/CSU): Kalauer-Schmidt!)

(BK Schmidt)

- 74, 33 - 35 -

Dr. Ro/st

Wer in der schwierigen, in der komplizierten, in der gefahren-
trächtigen Lage in der Mitte Europas, wer in solcher Lage seinem
Nachbarn das Gespräch verweigert oder das Gespräch abbricht,
der vergeht sich gegen unser Interesse.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Und

Wer in Europa Gewalt anwendet, der vergeht sich gegen die Menschenrechte.

(Beifall bei der SPD und der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und

Wer sich von außen mit Gewalt in ein anderes Land einmischt, der vergeht sich gegen das Völkerrecht und gegen den Frieden.

(Beifall bei der SPD und der FDP und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben ~~denkmal~~ ^{*schön*} solches alles in den vergangenen drei Jahrzehnten ^{*schön*} häufigeren miterlebt. Nicht nur wir Deutschen und nicht nur die Polen haben Angst, dies alles könnte sich wiederholen.

Büller (Bruchsal)
(~~Zuruf von der~~ CDU/CSU): Schon geschehen!

Alle Europäer wissen: Auch ihr Frieden könnte aufs Spiel gesetzt werden. Auch auf die deutsch-deutschen Gespräche und Beziehungen könnten schwere Schlagschatten fallen. Die Großwetterlage der Welt wird nicht in Ost-Berlin gemacht und nicht in Bonn. Aber Bonn muß und wird alles tun, um Gefährdungen abzubauen, und wir werden alles tun, unsererseits Zuspitzungen zu vermeiden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir stützen uns dabei auf das Einverständnis innerhalb unseres Bündnisses. Zu ihm tragen wir bei mit unserer Verständigungs-
bereitschaft, ~~aber~~ ebenso mit unserer Verteidigungsbereitschaft und mit der Pflichterfüllung ^{*Durch*} ~~unserer~~ Bundeswehr.

e/ Wir lassen uns von der doppelten Erkenntnis leiten: Nie wieder darf ein Krieg von deutschem Boden ausgehen; nie wieder darf Deutschland durch einen Krieg verheert werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

2 Dies ist in der Tat der Kern! Und diesem Ziel dienten auch meine Gespräche mit Herrn Honecker. In Güstrow und in Lübeck, in Köln und in Magdeburg, in Dresden und in München, überall erwarten die Deutschen von uns, daß wir unsere Pflicht tun; unsere Pflicht, die in der gemeinsamen deutschen Geschichte begründet ist, unsere Pflicht, die in der schuldbeladenen gemeinsamen deutschen Geschichte begründet ist.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP)

A N T R A Gder Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und der FDP

Entwicklung in Polen

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag verfolgt mit wachsender Besorgnis die Entwicklung in und um Polen und er bekundet in diesem schicksalhaften Augenblick seine Solidarität mit dem leidgeprüften polnischen Volk und seinem Ringen um Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.
2. Er appelliert an die polnische Militärregierung, ihre Glaubwürdigkeit zu beweisen durch Freilassung aller Inhaftierten, durch Wiederherstellung der durch den Reform- und Erneuerungskurs erreichten Freiheiten, durch Wiederaufnahme des Dialogs mit den reformwilligen und patriotischen Kräften des polnischen Volks.
3. Die seit August 1980 wirksame polnische Reform- und Erneuerungsbewegung für Menschenwürde, Arbeiterrechte und nationale Selbstbestimmung wird derzeit niedergeschlagen. Der seit dem 13. Dezember 1981 gewaltsam abgebrochene Dialog der polnischen Patrioten, der sich auf die Internationalen Menschenrechtspakte und auf die Schlußakte von Helsinki berufen konnte, muß wieder aufgenommen werden er darf nicht scheitern.
4. Entgegen dem grundsätzlichen Bekenntnis General Jaruzelskis (zum polnischen Reformkurs) werden derzeit in Wirklichkeit die Führer der jungen Arbeiter- und Bauern-Gewerkschaften, der Wissenschaftler und Studenten zu Tausenden verhaftet. Der freie Ausdruck des Volkswillens wird unterdrückt, Gewalt wird angewendet.
5. Der Deutsche Bundestag erinnert an die strikte völkerrechtliche Verpflichtung aller Staaten, insbesondere der Unterzeichner der KSZE-Schlußakte, zur Nichteinmischung und zur Achtung der Souveränität aller Staaten im Interesse von Sicherheit, Zusammenarbeit und Frieden in Europa. Er verfolgt deshalb mit ebenso großer Besorgnis das anwachsende propagandistische Kesseltreiben gegen den polnischen Reformkurs und die offenen oder versteckten Gewaltandrohungen gegen die polnische Unabhängigkeit von außen.
6. Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Bürger unseres Landes, an die Gewerkschaften und Parteien, an die Kirchen, an die karitativen und humanitären Organisationen, an die Jugend, gerade jetzt dem notleidenden polnischen Volk jene mitmenschliche und moralische Solidarität zu bekunden und jene materielle Hilfe gegen Hunger, Not und Kälte zu leisten, die dieses Nachbarvolk heute so dringend braucht und verdient.
7. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, staatliche Wirtschaftshilfe an die Volksrepublik Polen so lange offen zu lassen und auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft darauf hinzuwirken, wie die Unterdrückungsmaßnahmen des derzeitigen Regimes gegen das polnische Volk anhalten.

Bonn, den 18. Dezember 1981

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion
Wehner und Fraktion
Mischnick und Fraktion

Kop. Südläng. am
18/12/81

01
- 20 -

Neu Präs. zu O + H.

I.

hier Woche *und*
In diesen ~~Tagen~~ erfüllt uns die Entwicklung in

Polen und die Verhängung des Kriegsrechts mit tiefer Sorge.
Wir hören von zahlreichen Verhaftungen, von grossen *Unterbringungs-* Lagern,

von Zusammenstössen, von Verletzten und von Toten! *Wir*
Soldaten kriechen auf Arbeit, Gewerkschafter
nehmen daran tiefen Anteil.
werden werden verhört, in Solidarität ges-
Phillegen, mit ganzem Herzen stehe ich auf der Seite
der Arbeiter!

Von ganzem Herzen wünschen wir *alle* *in Polen* dass der Kriegszustand
alsbald beendet wird. ~~Papst~~ Johannes Paul II. hat appelliert,
dass kein polnisches Blut vergossen werde, da schon so
viel polnisches Blut geflossen sei. Angesichts der deutsch-
polnischen Geschichte muss sich jeder deutsche Politiker
diesem Appell anschliessen. Den tiefen Leiden des polnischen
Volkes dürfen nicht neue Wunden hinzugefügt werden.

...

Die Aussenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben in London gemeinsam deutlich gesagt, mit welchen Gefühlen und Erwartungen die Regierungen und Völker die Vorgänge in Polen beobachten. Die Bundesregierung schliesst sich dieser Erklärung voll und ganz an. Ich teile vor allem die Erwartung, dass alle Unterzeichnerstaaten der Schlussakte von Helsinki sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen enthalten; dass die Polen ihre Probleme selbst und ohne weitere Anwendung von Gewalt lösen; dass die polnische Regierung selbst ihre Verpflichtungen aus der Helsinki-Schluss-Akte ernsthaft erfüllt, so dass der unterbrochene Prozess der Reform und Erneuerung weiter aufgenommen werden kann.

Wir stehen zu denen, an die - wie der Papst-

Ich warne Ost und West dringend davor, durch spektaku-

helfen wollen, das

in Polen

läre Worte und Gesten die Entwicklung in eine Richtung zu

drängen, die für Polen und sogar für uns alle lebensgefährlich

wird werden könnte.

~~22~~ - ~~02~~ 03

eigene

Unsere Politik gegenüber der Volksrepublik Polen bleibt eine Politik des strengen Respekts vor der nationalen Unabhängigkeit dieses Landes, aber auch eine Politik, die unsere tiefen Sympathien mit den Menschen in Polen zum Ausdruck bringt. Wir wollen deshalb - im Rahmen der EG -

die Nahrungsmittelhilfe an Polen fortsetzen.

die vielfältige Hilfsbereitschaft unserer Mitbürger bestätigt diesen Kurs. Man wolle an alle: Lassen Sie in Ihrer altruistischen Solidarität

und dem polnischen Volke nicht nach!
 Sie ist ~~es~~ ja ein (Ankündigung) unseres
 deutschen Friedenswillens und unseres
 Friedensbereitschaft!

II.

^{sehen}
 Diese Friedenswillen ~~ist~~ beweisen
 die Absicht, ~~die~~ die ~~ist~~ heute
 zu beschreiben habe.

Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag
am Freitag, dem 18. Dezember 1981

Herr Präsident,
meine Damen und Herren!



LaHe

Am 3. Dezember habe ich dem Bundestage über Verlauf
und Ergebnisse meiner Gespräche mit Generalsekretär Breschnew
berichten können. Im Zusammenhang damit *LaHe* habe ich zweitens
davon gesprochen, dass mit dem Beginn der amerikanisch-
sowjetischen Verhandlungen in Genf ein Tor aufgestossen worden
ist, das den Weg eröffnet für Fortschritte, den Frieden in
Europa und in der Welt sicherer zu machen. Heute kann ich
dem Parlament drittens Rechenschaft ablegen über mein Treffen
mit dem Vorsitzenden des Staatsrats der Deutschen Demokra-
tischen Republik, Generalsekretär Erich Honecker, das

am 11., 12. und 13. Dezember am Werbellin- und Döllinsee stattgefunden hat.

Alle drei Ereignisse fügen sich ein in die friedenspolitische Gesamtkonzeption der Bundesregierung. Das Treffen zwischen Herrn Honecker und mir - das erste auf deutschem Boden seit den Begegnungen Willy Brandts und Willi Stophs in Erfurt und Kassel ein Jahrzehnt zuvor - erlaubt ein ähnliches Urteil wie es für den Beginn der Genfer Verhandlungen gegeben wurde. Und zwar in zweierlei Hinsicht: Das Treffen lieferte einen deutsch-deutschen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung. Und es bedeutete zugleich einen neuen Anlauf auf dem mühseligen Weg hin zu einem gutnachbarlichen Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten und ihren Bürgern. Die Chance zur konstruktiven Fortsetzung auf vielen Gebieten ist eröffnet.

...

- 3 -

III.

Herr Honecker und ich hatten seit längerem diese Begegnung beabsichtigt. Wegen des Einmarsches in Afghanistan und wegen eines im vorigen Sommer drohenden Einmarsches in Polen wurde sie zweimal verschoben. Aber die Menschen in der DDR wie bei uns erhofften sich aus solcher Begegnung eine Perspektive für die Zukunft - und ich wollte ihnen dazu Mut machen.

Vor fast 18 Jahren haben Marion Gräfin Dönhoff, und Theo van Rindog WalleLeonhardt Sommer ihrem Bericht einer Journalistenreise durch die DDR den Titel gegeben: "Reise in ein fernes Land". Seit zwölf Jahren haben sich die Regierungen der sozial-liberalen Koalition aus Überzeugung und mit Leidenschaft darum bemüht, diese "Ferne" zu verringern. Wir sind einander seither tatsächlich nähergerückt. Aber die Hürden der Abgrenzung sind noch

...

immer sehr hoch und für Millionen Deutsche sind sie immer noch unübersteigbar.

Deshalb war das Treffen in der Uckermark notwendig. Das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten hat nach einer Phase der Rückschläge den Anlauf zu neuen Fortschritten nötig. Der sehr lange, sehr intensive und freimütige politische Meinungs-austausch zwischen Herrn Honecker und mir gehört mit zu den intensivsten Gesprächen, die ich als Bundeskanzler mit einer anderen Regierung geführt habe. Er verlief in freundlichem Ton und hat insgesamt zu mehr gegenseitigem Verständnis geführt, zu besserer Befähigung, den jeweils anderen richtig einzuschätzen.

Dies ist für jede positive Entwicklung unerlässlich. Noch sind wir von gutnachbarlichen Beziehungen weit entfernt. Aber wir haben in sehr schwierigen, zugleich aber sehr offen geführten Gesprächen grössere Klarheit über die

beiderseitigen Interessen gewonnen. Wir haben Vergangenes aufzuarbeiten gesucht, um künftig zumindest vernünftiger miteinander umgehen zu können. Das war seit langem nötig. Wenn das Geflecht der Beziehungen verstärkt und ausgebaut werden kann, so wird es für die Menschen in beiden deutschen Staaten von unmittelbarem Nutzen sein.

Ich habe diese Möglichkeit angestrebt und wir haben sie wahrgenommen. Ich habe dies aus Überzeugung getan - weil nämlich die Menschen hier und ebenso drüben die Erfüllung dieser Pflicht von jedem deutschen Bundeskanzler erwarten dürfen.

Sicher gilt: Auch nach diesen Gesprächen bleibt es bei dem Spannungsverhältnis zwischen der Realität der Existenz zweier deutscher Staaten und der in der Präambel unseres Grundgesetzes niedergelegten Aufforderung an das gesamte

deutsche Volk, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Die gegensätzlichen Auffassungen in dieser und in anderen grundsätzlichen Fragen sind am Werbellin- und am Döllnsee nicht vertuscht worden. Keiner hat sich der Illusion hingegeben, er könne den anderen zwingen, seine Überzeugungen aufzugeben. Wir haben unsere Positionen in aller Offenheit deutlich gemacht. Das gilt auch und gerade für die nationale Frage. Denn - und das ist meine tiefe Überzeugung - der Gedanke der Nation und ihre Identität ist bei uns Deutschen unverändert lebendig und gegenwärtig.

In meiner Regierungserklärung am 3. Dezember hatte ich darauf hingewiesen, dass im Vordergrund dieses Treffens das Gespräch und der Dialog zwischen den beiden deutschen Staaten stehen sollte und dass es bei dieser Gelegenheit keine Unterzeichnung von neuen Abmachungen geben werde. Ich hatte

mich ausdrücklich gegen Spekulationen, Erwartungen und hochgehängte Messlatten gewandt. Beide Seiten sind auch tatsächlich ohne Vorbedingungen in die Gespräche gegangen. Wir haben aber unsere Anliegen unmissverständlich vertreten. Dazu gehört natürlich die Mindestumtauschregelung.

...

mich ausdrücklich gegen Spekulationen, Erwartungen und hochgehängte Messlatten gewandt. Beide Seiten sind auch tatsächlich ohne Vorbedingungen in die Gespräche gegangen. Wir haben aber unsere Anliegen unmissverständlich vertreten. Dazu gehört natürlich die Mindestumtauschregelung.

...



Die Bundesminister Franke und Graf Lambsdorff haben durch persönlichen und sachlichen Einsatz dazu beigetragen, dass diese Reise Früchte tragen kann. Im nächsten Jahr können - so ist meine begründete Hoffnung - Bewegungen für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in verschiedenen Bereichen erkennbar werden. In den Gesprächen ist deutlich geworden, dass auch die DDR-Führung an einer Überwindung der Stagnation interessiert ist. Ich entnehme einem Interview, das Generalsekretär Honecker am Mittwoch dem "Neuen Deutschland" gegeben hat, dass auch er im Geiste des Treffens an die praktische politische Umsetzung der Gesprächsergebnisse herangehen will.

Wir selbst haben schon begonnen, die Anstösse, die sich aus dem Treffen ergeben haben, in die Praxis umzusetzen. Gestern wurde eine Vereinbarung über eine sechsmonatige Verlängerung der derzeit geltenden Swing-Regelung abgeschlossen. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen uns und der DDR sind noch ausbaufähig. Beide Seiten sind bestrebt, dies zu tun. Dazu kann auch ein langfristiges Rahmenabkommen Impulse beitragen, das die Ernsthaftigkeit einer langfristigen Gestaltung des deutsch-deutschen Verhältnisses zum Ausdruck bringt.

Beide Seiten wollen demnächst Gespräche über diese Fragen aufnehmen. Es besteht Einvernehmen mit der DDR, dass die bestehenden Verfahren und Abkommen - also insbesondere das Berliner Abkommen vom 1954 - nicht eingeschränkt, sondern dass sie ergänzt werden sollen; die kommerziellen Verträge würden weiter voll im Rahmen der bestehenden Abkommen abgewickelt werden, die TSI - mit neuem Lang-Namen - würde uneingeschränkt ihre Arbeit fortsetzen, einschliesslich der vollen Einbeziehung der Berliner Firmen.

IV.

Ganz ohne Zweifel können wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen nicht aus dem Gesamtzusammenhang der Beziehungen herausgelöst werden. Wir haben der anderen Seite auch bei diesem Treffen deutlich gemacht, dass vor allem der Mindest-umtausch, die Fragen des Reise- und Besucherverkehrs in beiden Richtungen sowie die humanitären Fragen ~~in~~ ^{auch} in den gleichen politischen Gesamtzusammenhang gehören - ~~auch~~ ^{auch} wenn einzelne Entscheidungen durchaus nur souverän getroffen werden können.

Wie erwartet hat die DDR ihre Grundsatzforderungen aufrechterhalten. Ich will sie nicht nochmals aufzählen. Ich habe unterstrichen, dass sich die Bundesregierung strikt an das Grundgesetz und an die Bestimmungen des Grundlagenvertrages hält. Eine Änderung dieser Grundlagen kommt nicht in Betracht.

Die Bundesregierung wird sich aber bemühen, in praktischer Hinsicht das zu tun, was ihr innerhalb dieses Rahmens möglich ist. Die unterschiedlichen Positionen in der Staatsangehörigkeitsfrage können nicht überbrückt werden. Die DDR hat wohl verstanden, dass für uns die deutsche Staatsangehörigkeit unabdingbar ist, wie sie durch das Grundgesetz vorgegeben wird. Uns ist bewusst, dass die DDR 1967 ein eigenes Staatsbürgerschaftsgesetz erlassen hat. Wir werden -
darauf habe ich im Bericht zur Lage der Nation am 9. April 1981 hingewiesen - diese beiden Aspekte bei unserem Verhalten in der Praxis berücksichtigen.

Wir sollten dabei nicht aus dem Auge verlieren, dass nicht alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik - ich verwende hier die Terminologie des Bundesverfassungsgerichtes! -, die zu uns kommen, bei uns Rechte in Anspruch nehmen wollen, die jedem Deutschen zustehen. Ich denke hier

von Betrieben oder Medien

z.B. an Vertreter von Institutionen der DDR, die vorübergehend in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten. ←

zu Mir will z.B. nicht einleuchten, warum ^{sie} solche Personen ^{Wahl-} bei allgemeinen Wahlen Benachrichtigungen erhalten haben oder von Wehr-Ersatzämtern erfasst worden sind. Wenn wir in diesem Sinne die tatsächlich existierende DDR-Staatsbürgerschaft respektieren, so wird der uns vom Gesetz und Grundgesetz vorgegebene Rahmen sicher nicht angetastet.

Die nicht zu behebenden Unterschiede und Gegensätze in grundsätzlichen Fragen müssen durch ein Geflecht des für beide Seiten praktisch Möglichen und Vernünftigen gemildert werden. Nur auf diesem Wege sind vernünftige nachbarschaftliche Beziehungen zu erreichen, die dann, später zu guten nachbarschaftlichen Beziehungen ausgebaut werden können, um noch später in ein wirkliches Miteinander einzumünden.



Wir haben uns für die angenehme Gastfreundschaft von
seiten der DDR-Führung bedankt. Einen Schatten auf den
~~Ablauf~~ ^{Schluss} des Treffens hat allerdings der übertriebene Polizei-
und Parteieinsatz in Güstrow geworfen, der vielen Güstrower
Bürgern die Möglichkeit genommen hat, mit meinen Begleitern
^{direkten zu haben.} und mir Kontakt aufzunehmen. Der Kontrast zwischen dem
Verständnis in den Delegations-Gesprächen einerseits und
andererseits diesem Spectaculum beleuchtet die Schwierig-
keiten, denen sich deutsch-deutsche Begegnungen noch immer
gegenübersehen.

Aber Güstrow steht auch noch für eine andere
Erfahrung. Unser gemeinsamer Besuch im Dom - der Besuch des
"Marxisten Erich Honecker und des Christen Helmut Schmidt",

...

wie Landesbischof Heinrich Rathke uns anredete, - dieser Besuch und das Fernseh-Bild ^{hier} der drei Personen nebeneinander auf dem Gestühl des Chores hat den Bürgern in der Deutschen Demokratischen Republik und den Bürgern bei uns - und zwar nicht nur den Christen unter ihnen ~~!~~ - ein wichtigeres Zeichen der Gemeinsamkeit gesetzt als das Tischreden und Kommunikati~~o~~ⁿen oder Resolutionen tun können.

Ich kann an dieses Erlebnis im Güstrower Dom nicht ohne Bewegung zurückdenken. Der Landesbischof hat Herrn Honecker und mich darauf hingewiesen, dass Barlach und der Güstrower Dom und die Backsteingotik des Ostseeraumes Symbole dessen sind, "was wir gemeinsam haben" - "gemeinsame Vergangenheit und Erinnerung". Ich habe ihm erwidert, dass dieses Erbe auch gemeinsame Zukunft werden könne.

...

Bundesminister Franke und Staatsminister Huonker haben in meinem Namen Kränze im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen und auf dem Soldatenfriedhof Halde niedergelegt, wo neben deutschen Soldaten auch russische Zwangsarbeiter beerdigt sind. Auch dies hat die gemeinsame Vergangenheit ins Bewusstsein gerufen, den gemeinsamen Hintergrund, auf dem die Bemühungen um Annäherung und Verständnis erst ihre Tiefenschärfe bekommen.



Dieser Hintergrund gilt heute unverändert - so wie damals, als nach 1969 die sozial-liberale Koalition die Wende in der Deutschlandpolitik eingeleitet und mit dem Vertragswerk der frühen siebziger Jahre Grundlagen und Rahmen für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander geschaffen hat. Damals hat sich diese Koalition aktiv in den zwischen den Weltmächten in Gang kommenden Entspannungsprozess eingeschaltet, hat ihn zugleich genutzt und verstärkt. Heute bieten die kritischen Probleme zwischen Ost und West eine andersartige Chance, nämlich durch friedenspolitische Anstrengungen zugleich zu besserer deutsch-deutscher Nachbarschaft zu gelangen.

Unsere Gespräche waren natürlich ein Teil des heute so dringend nötigen Ost-West-Dialogs. Wir haben die Lage in Europa sorgfältig erörtert und dabei besonders über

Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle gesprochen.

Wir haben die Gegensätze nicht verkleistert, sondern sehr
klar und offen miteinander gesprochen, ~~ich ganz eindeutig~~

Ich habe auf der Grundlage der gemeinsamen westlichen Positionen

unseres Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Ge-
meinschaft *gegenüber Herrn Konrad*

*stets eindeutig gesprochen, wie schon
vor vier Wochen gegenüber Herrn Brekhusen.*

Als Deutsche in der DDR und in der Bundesrepublik
Deutschland tragen wir gemeinsam Verantwortung dafür, dass
durch unseren Umgang miteinander Spannungen in Europa
nicht verschärft, sondern so weit wie möglich abgebaut
werden. Unsere Partner im Westen, aber auch unsere Nachbarn
in Osteuropa müssen und können darauf vertrauen, so habe
ich dies vor dem Deutschen Bundestag am 9. April gesagt,
dass "jedenfalls von der Entwicklung in Deutschland keine
zusätzlichen Spannungen ausgehen". Im Kommuniqué vom
letzten Sonntag heisst es, dass "vom Verhältnis der beiden
deutschen Staaten keine zusätzlichen Belastungen für das

Ost-West-Verhältnis ausgehen dürfen". Dies ist ein wesentliches Element der Deutschlandpolitik der Bundesregierung.

Ich zweifle nicht, dass die Sorge um die Erhaltung des Friedens auch im Denken und der Politik der politischen Führer der DDR eine zentrale Rolle spielt. Ich zweifle nicht daran, dass der Wille zum Frieden in der DDR ebenso stark ist wie bei uns.

Ich stimmte mit Generalsekretär Honecker überein: Vorrangige Aufgabe ist es, konkrete Vereinbarungen über ein stabiles Gleichgewicht der Kräfte auf möglichst niedrigem Niveau zu erzielen. Diese Übereinstimmung zu einem Zeitpunkt, in dem die zentralen Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen in Genf eben begonnen haben, ist wichtig und hilfreich.

Ich halte es für notwendig und nützlich, diesen Meinungsaustausch über internationale Fragen mit der DDR fortzusetzen, sei es bei späteren Begegnungen mit Generalsekretär Honecker, sei es in Gesprächen der Außenminister. Durch solchen Meinungsaustausch soll und kann Vertrauen wachsen.

Ich stimme Bundesminister Genscher nachdrücklich zu, wenn er formuliert, "dass man nach neuen Wegen sucht, um die Sicherheit der Völker durch einen Ausgleich, durch eine Verzahnung der Interessen zu gewährleisten und eben nicht in dem Streben nach Überlegenheit oder gar nach ideologischer Missionierung". ~~Verbesserte~~ ^{Bessere} deutsch-deutsche Beziehungen könnten in der Tat dazu beitragen, die ~~Be-~~ ^{Be-} ~~ziehungen~~ ^{Beziehungs-} zwischen Ost und West in Europa stetiger und verlässlicher zu machen.

Für die
Anmerkungen
Genscher
Wort um
von, Deutsch-
Landpolitik
als europäi-
sche Friedens-
politik

479a
Im nachhinein haben der bayerische Ministerpräsident
und einige andere mir geraten, ^{Wir} Ich hätte angesichts der
Entwicklungen in Polen ^{unsere} ~~meine~~ Gespräche mit Generalsekretär
(und seiner ~~Heim~~ Delegation) Honecker am Sonntagmorgen abrupt abbrechen sollen. Was
wollten sie eigentlich erreichen, die mir solches angeraten
haben? Welche Menschen hätten davon einen Nutzen haben
sollen?

479b
Eine vorwegnehmende Dra-
matisierung, ausgerechnet durch uns Deutsche, ^{falschlicherweise} würde weder
den Polen noch uns Deutschen ^{g. Nutzen!} nützen. Deutsche dürfen sich
immer noch nicht zum Richter über Polen aufwerfen!

479c
^{vielmehr} Es war richtig, auf dem Boden der DDR öffentlich der
Hoffnung Ausdruck zu geben, dass es den Polen gelinge, ihre
^{inneren} Konflikte alleine zu lösen!

20-22

VIII

479a

Im nachhinein haben der bayerische Ministerpräsident und einige andere mir geraten, ^{Wir} ich hätte angesichts der Entwicklungen in Polen ^{unsere} meine Gespräche mit Generalsekretär Honecker am Sonntagmorgen ^(und seiner ~~Herrn~~ Delegation) abrupt abbrechen sollen. Was wollten sie eigentlich erreichen, die mir solches angeraten haben? Welche Menschen hätten davon einen Nutzen haben sollen?

479

Eine vorwegnehmende Dramatisierung, ausgerechnet durch uns Deutsche, würde weder den Polen noch uns Deutschen ^{guten} nützen. Deutsche dürfen sich ^{falschlicherweise} immer noch nicht ^{zu} zum Richter über Polen aufwerfen!

...

Es war ^{vielmehr} richtig, auf dem Boden der DDR öffentlich der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass es den Polen gelinge, ihre ^{inneren} Konflikte alleine zu lösen!

479c

VIII.

Am 3. Dezember habe ich an diesem Ort gesagt, das Erscheinungsbild der CDU/CSU in der Friedens- und Sicherheitspolitik sei diffus. Ich habe die Opposition um Klarstellung ihres Kurses und ihrer Absichten gebeten. Das ist bisher nicht geschehen. Heute erlebt jedermann erneut die gleiche Direktionslosigkeit.

Da sagt der Berliner Regierende Bürgermeister von Weizsäcker (CDU), niemand hätte ^{es} verstanden, wenn unsere Reise in die DDR wegen der Ereignisse in Polen abrupt abgebrochen worden wäre, dies hätte vielmehr die neuerlichen deutsch-deutschen Ansätze, dies hätte Vertrauen zerstört. Ich teile ^{seine} Meinung, Sie entspricht auch den spezifischen

Interessen Berlins. ^{Min. Präsi} Herr Strauss (CSU) sagt gleichzeitig

das Gegenteil. ^{Min. Präsi} Herr Tom Präs. Späth (CDU) ~~sagt~~
 Er wiederum rüft mich auf die Linie von Weizsäcker,

Herr Kohl, der eine gemeinsame Fraktion von CDU
und CSU leitet, muss sich heute morgen zwischen beiden
entscheiden. Er wird es nicht gerne tun. In der trügerischen
Hoffnung auf einen raschen Kanzlerwechsel wird allzuleicht
vergessen, dass jeder Führungsanspruch nur durch Leistung
und Entscheidungskraft begründet werden kann. Wer kein
Risiko eingehen will, der kann auch nichts gewinnen.

Auffassungen

Laa

(pure Klare Zielsetzung!)

Neu Kohl!

IX.

Wer in der schwierigen, komplizierten und gefahrenträchtigen Lage in der Mitte Europas das Gespräch mit seinem Nachbarn verweigert oder abbricht, der vergeht sich gegen unser Interesse. Wer Gewalt anwendet, der vergeht sich gegen die Menschenrechte. Wer sich von aussen mit Gewalt einmischt, der vergeht sich gegen das Völkerrecht und gegen den Frieden.

Wir haben das alles in den vergangenen drei Jahrzehnten schon des häufigeren miterlebt. Nicht nur wir Deutschen, nicht nur die Polen haben Angst, dies alles könnte sich wiederholen.

Alle Europäer wissen: Auch ihr Friede könnte aufs Spiel gesetzt werden. Auch auf die deutsch-deutschen Gespräche

...

~~...~~
 könnten schwere Schlagschatten fallen. Die Grosswetter-
 lage der Welt wird nicht in Ost-Berlin und nicht in Bonn
 gemacht. Aber Bonn muss und wird alles tun, Gefährdungen
 abzubauen. Und wir werden alles tun, unsererseits Zu-
 spitzungen zu vermeiden.

Wir stützen uns dabei auf das Einverständnis inner-
 halb unseres Bündnisses, zu dem wir mit unserer Verteidigungs-
 politik wie mit unserer Bundeswehr wichtige Beiträge
 leisten. Wir lassen uns dabei von der doppelten Erkennt-
 nis leiten: ~~Nicht nur darf~~ ^{darf} nie wieder ein Krieg von
 deutschem Boden ausgehen! ~~Sondern ebenso setzen wir uns~~
 mit allen Kräften ~~dafür ein~~, dass Deutschland nie wieder
 durch einen Krieg zerstört ~~wird.~~ ^{verheert} ~~wird.~~ ^{wird!}

Dies ist der Kern! Diesem Ziel dienen auch meine
 Gespräche mit Herrn Honecker. In Güstrow und in Lübeck,
 in Köln und in Magdeburg, in Dresden und in München

03

Am 18. 18

Regierungserklärung vor dem Deutschen
Bundestag am Freitag, dem 18. Dezember 1981

Herr Präsident,

meine Damen und Herren!

I.

Am 3. Dezember ~~1981~~ habe ich dem Deutschen
Bundestag über Verlauf und Ergebnisse meiner
Gespräche mit Generalsekretär Breschnew
berichten können. In ~~dem~~ ^{dann} Zusammenhang habe ich
zweitens davon gesprochen, dass mit dem Beginn der
amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf
ein Tor aufgestossen worden ist, das den Weg
eröffnet für Fortschritte, den Frieden in
Europa und in der Welt sicherer zu machen.
Heute kann ich dem Parlament ^{zu Hause} Rechenschaft
ablegen über mein Treffen mit dem Vorsitzenden

- 2 -

des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn ^{Generalsekretär} Erich Honecker, das am 11., 12. und 13. Dezember am Werbellin- und Döllnsee stattgefunden hat.

Alle drei Ereignisse fügen sich ein in die friedenspolitische Gesamtkonzeption ^{der} ~~dieser~~ ^{Brandt} Regierung. Das Treffen zwischen Herrn Honecker und mir, ^{das} erste auf deutschem Boden seit den Begegnungen Willy Brandts und Willi Stophs in Erfurt und Kassel ^{im} ~~vor~~ nunmehr ^{Jahrzehnt zuvor} über zehn Jahren, lässt nach meiner ~~Über-~~ ^{ähnliches}zeugung ein gleiches Urteil zu, wie es für den Beginn der Genfer Verhandlungen ^{gegeben} gefunden wurde, ^{und zwar} in zweierlei Hinsicht:

Das Treffen lieferte einen deutsch-deutschen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung, ^{und} es liefert die Grundlage für ^{bedeutete zugleich}

...

einen neuen Anlauf auf dem mühseligen Weg
 hin zu einem gutnachbarlichen Verhältnis
 zwischen den beiden deutschen Staaten. Die
 Chance zur konstruktiven Fortsetzung der
 Beziehungen auf vielen Gebieten ist mit
 diesen Gesprächen in der Uckermark eröffnet.

und ihren Bürgern

II.

Das Treffen kam nicht allein zustande,
 weil Herr Honecker und ich seit langem den
 Wunsch dazu hatten. Die Menschen in der DDR
 wie bei uns erhofften sich aus einer Begeg-
 nung eine erfahrbare Perspektive für die
 Zukunft, und wir wollten ihnen dazu Mut
 machen.

hatten, wenn

diese Begegnung beabsichtigt.

solche

ich

*⊕ Wegen des
 Einmarsches in
 Afghanistan
 und wegen eines
 im langen Sommer
 anhaltenden Einmarsches
 in Polen würde sie
 jenseitig verschoben.
 Aber die*

...

- 4 - *haben Manon Gräfin Dönhof und Theo Sommer ihren*

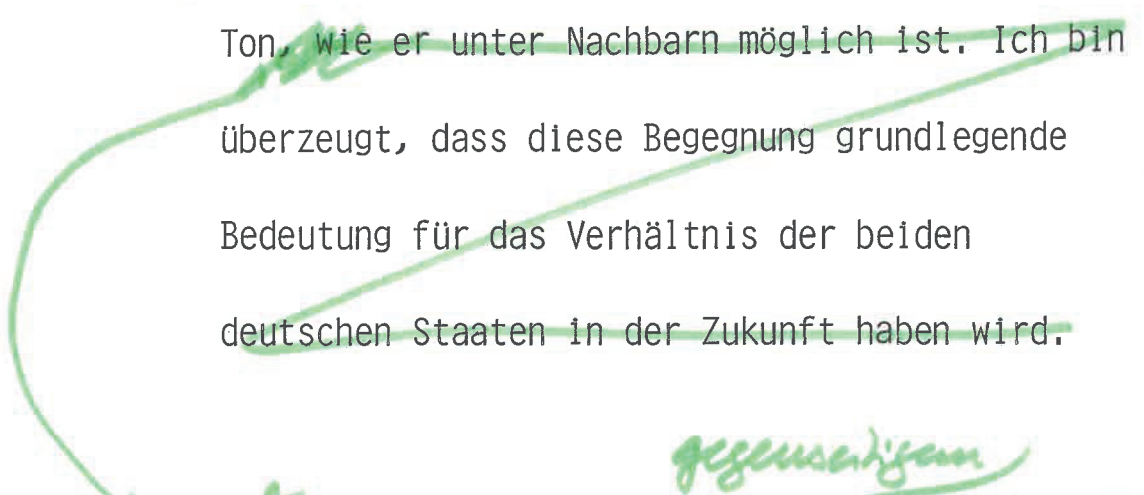
Vor fast 18 Jahren trug der Bericht einer Journalistenreise durch die DDR den Titel *gelesen:* "Reise in ein fernes Land". Seit zwölf Jahren haben sich *die* Regierungen der sozial-liberalen Koalition aus Überzeugung und mit Leidenschaft darum bemüht, diese "Ferne" zu verringern. *Sie* haben es erfolgreich getan. Wir sind einander *(Seither)*

Falschland nähergerückt, aber die Hürden der Abgrenzung sind noch immer *sehr* hoch gesetzt. *und für Millionen Deutsche unübersteigbar. Sie ist immer noch*

Ucker- Deshalb war dieses *Das* Treffen in der Schorfmark *mark* notwendig. Das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten hatte *sehr lange* nach einer Phase der Rückschläge den Anlauf zu neuen Fortschritten nötig. Der fast *sehr lange* fünfzehnstündige sehr intensive und freimütige politische Meinungsaustausch zwischen Herrn Honecker und mir gehört *mit* zu den intensivsten Gesprächen, die ich als Bundeskanzler *und eine*

anderen Regimes

geführt habe. Er verlief in dem freundlichen Ton, wie er unter Nachbarn möglich ist. Ich bin überzeugt, dass diese Begegnung grundlegende Bedeutung für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten in der Zukunft haben wird.



[wichtig

→ und Sie hat insgesamt zu mehr gegenseitigem Verständnis, zur gegenseitigen Befähigung, den anderen einzu- schätzen, geführt. In den Beziehungen zwischen beiden Staaten, aber auch in den Beziehungen zwischen denen, die die politische Verantwortung in beiden Staaten tragen, hat die Begegnung ein Stück Vertrauen und Verlässlichkeit erbracht.

jede positive

Dies ist für die Entwicklung eines gut-nachbarlichen Verhältnisses unerlässlich.

Noch sind wir von normalen gutnachbarlichen

Beziehungen weit entfernt. Aber wir haben *England aber sehr offen gefühlt*
 uns bemüht, in sehr schwierigen Gesprächen
 grössere Klarheit über die beiderseitigen
 Interessen zu gewinnen. Wir haben Vergangenes
 aufzuarbeiten gesucht, um künftig zumindest
 vernünftiger miteinander umgehen zu können.
 Das war seit langem nötig. Wenn das Geflecht
 der Beziehungen auf dieser Grundlage verstärkt
und ausgebaut
 werden kann, wird es für die Menschen in
 beiden deutschen Staaten von unmittelbarem
 Nutzen sein.

Ich habe diese Möglichkeit angestrebt und *(wir)*
haben sie wahrgenommen. Ich habe dies aus Überzeugung
 getan, ~~aber~~ *nämlich* auch, weil die Menschen hier und
ebenso früher
 auch die der DDR in die Erfüllung dieser
Verpflichtung von jedem deutschen Bundeskanzler
 erwarten dürfen.

Sicher gilt: Auch nach diesen Gesprächen bleibt es bei dem Spannungsverhältnis zwischen der Realität der Existenz zweier deutscher Staaten und der in der Präambel unseres Grundgesetzes niedergelegten Aufforderung an das gesamte deutsche Volk, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Die gegensätzlichen

*diese und
in anderen*

Auffassungen in grundsätzlichen Fragen sind am Werbellin- und am Döllnsee nicht vertuscht worden. Keiner hat sich der Illusion hingegen, er könne den anderen zwingen, seine Überzeugungen aufzugeben. Wir haben unsere Positionen in aller Offenheit deutlich gemacht. Das gilt auch und gerade für die nationale Frage. Denn - und das ist meine tiefe Überzeugung - der Gedanke der Nation *und ihre Identität* ist bei

uns allen Deutschen unverändert lebendig *und* gegenwärtig

In meiner Regierungserklärung am
 3. Dezember ^{hatte} 1981 habe ich darauf hingewiesen,
 dass im Vordergrund dieses Treffens das Gespräch
 und der Dialog zwischen den beiden deutschen
 Staaten stehen sollte und dass es bei dieser
 Gelegenheit keine Unterzeichnung von neuen
 Abmachungen geben werde. Ich hatte mich aus-
 drücklich gegen Spekulationen, Erwartungen und
 hochgehängte Messlatten gewandt. Beide Seiten
Auch tatsächlich
 sind ohne Vorbedingungen in die Gespräche
 gegangen. Wir haben aber unsere Anliegen unmiss-
 verständlich vertreten. Dazu gehört natürlich
 die Mindestumtauschregelung.

III

hi
unt

Bundesminister Franke und ~~Bundesminister~~
 Graf Lambsdorff haben durch persönlichen und
 sachlichen Einsatz dazu beigetragen, dass diese
 Reise Frucht["] tragen kann. Im nächsten Jahr

- 9 -

Können

werden - so ist meine begründete Hoffnung -
 Bewegungen für die weitere Entwicklung der
 Beziehungen zwischen der Bundesrepublik
 Deutschland und der Deutschen Demokratischen
 Republik in verschiedensten Bereichen erkennbar
 werden. In den Gesprächen ist deutlich geworden,
 dass auch die DDR-Führung an einer Überwindung
 der Stagnation interessiert ist. Ich entnehme
dem dem Interview, das Generalsekretär Honecker
am 12. November dem "Neuen Deutschland" vom 16. Dezember gegeben
 hat, dass auch er im Geiste des Treffens an die
 praktische politische Umsetzung der Gesprächs-
 ergebnisse herangehen will.

Schon

Wir selbst haben bereits damit begonnen,
 die Anstöße, die sich aus dem Treffen ergeben
 haben, in die Praxis umzusetzen. Gestern
hat wurde eine Vereinbarung über die sechsmonatige

- 10 -

Verlängerung der derzeit geltenden Swing-
 Regelung abgeschlossen. Die Wirtschafts-
 beziehungen zwischen uns und der DDR sind noch
 ausbaufähig. Beide Seiten sind bestrebt, dies
 zu tun. Dazu kann auch ein langfristiges
 Rahmenabkommen beitragen und neue Impulse
 geben. Dabei geht es darum, bereits bestehende
 Bemühungen in einem Dokument zusammenzufassen.
 Darin soll die Ernsthaftigkeit einer lang-
 fristigen Gestaltung des deutsch-deutschen
 Verhältnisses zum Ausdruck kommen. bringt.

Beide Seiten ^{wollen} werden demnächst Gespräche
 über diese Fragen aufnehmen. Es besteht Einver-
 nehmen mit der DDR, dass die bestehenden
 Verfahren und Abkommen - also insbesondere das
 Berliner Abkommen - nicht eingeschränkt, sondern
 ergänzt werden. ^{sollen} Das bedeutet vor allem, dass →

dass sie

Wirden

die kommerziellen Verträge weiter voll im Rahmen der bestehenden Abkommen abgewickelt werden.

Uneingeschränkt bestehen bleibt auch die TSI - mit neuem Logo - unter dem Namen "Treuhandstelle für Industrie und Handel" würde ihre Aufgabe Arbeit ausschließlich der Berliner Firmen werden voll einbezogen.

alles.

Ganz ohne Zweifel können die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen nicht aus dem Gesamtzusammenhang der Beziehungen herausgelöst werden. Wir haben der anderen Seiten auch bei diesem Treffen deutlich gemacht, dass dazu vor allem der Mindestumtausch, weitere Fragen des Reise- und Besucherverkehrs sowie die humanitären Fragen gehören.

in der Gesamtzusammenhang gehören - auch wenn

Wie erwartet hat die DDR ihre Grundsatzforderungen aufrechterhalten. Ich will sie hier

Einzelne Entscheidungen durch aus uns souverän getroffen werden können.

- 12 -

Wohin
nicht im ~~einzelnen~~ aufzählen. Ich habe
unterstrichen, dass sich die Bundesregierung
strikt an das Grundgesetz und an die Bestimmungen
des Grundlagenvertrages hält. Eine Änderung
~~...~~
dieser Grundlagen kommt nicht in Betracht.

halb
Die Bundesregierung wird sich aber bemühen,
in praktischer Hinsicht das zu tun, was ihr ~~inner-~~
diesem Rahmen ^s möglich ist. Die unterschiedlichen
Positionen in der Staatsangehörigkeitsfrage
können nicht überbrückt werden. Die DDR hat
wohl verstanden, dass für uns die deutsche
Staatsangehörigkeit unabdingbar ist, wie sie
durch das Grundgesetz vorgegeben wird. Uns ist
~~voll-~~ bewusst, dass die DDR 1967 ein eigenes
Staatsbürgerschaftsgesetz erlassen hat. Wir
werden - darauf habe ich im Bericht zur Lage
der Nation am 9. April 1981 hingewiesen - diese

beiden Gesichtspunkte bei unserem Verhalten in der Praxis berücksichtigen.

Wir sollten ^{haben} nicht aus dem Auge verlieren, dass nicht alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik - ich verwende hier ^{die} Terminologie des Bundesverfassungsgerichtes -, die zu uns kommen, bei uns Rechte in Anspruch nehmen wollen, die jedem Deutschen zustehen. Ich denke hier

^{z.B.} an Vertreter von Institutionen der DDR, die ^{Vorübergehend} in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten.

^{z.B.} Mir will zum Beispiel nicht einleuchten, warum diese ^{solche} Personen bei Wahlen Benachrichtigungen erhalten haben, obwohl sie sicher nicht ^{allgemeinen} von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen.

Wenn wir in diesem Sinne die DDR-Staatsbürgerschaft (die tatsächlichen [↑] Verhältnisse)

existierende

*Fragestänbern
wafst wesen
sind.*

[() alternativer Vorschlag]
M. Klein

respektieren, ^{so} wird der uns vom ^{von Gesetz und} Grundgesetz und ^{sicher} unserer Gesetzgebung vorgegebene Rahmen nicht berührt. ^{angebahnt}.

und Gegensätze

Wird zu behaupten

Die Unterschiede in grundsätzlichen

Fragen müssen, wo daran nichts zu ändern ist, es unterliegt ein eingesponnen werden in ein Geflecht des für

beide Seiten praktisch Möglichen und Vernünftigen gemittelt werden. Nur auf diesem Wege sind vernünftige

nachbarschaftliche Beziehungen zu erreichen, die dann zu später guten nachbarschaftlichen Beziehungen

ausgebaut werden können, um vor gegebenenfalls später in ein wirkliches Miteinander einzumünden.

Handwritten scribbles and initials

V Wir haben

Meine Delegation und ich können uns für

die angenehme Gastfreundschaft von Rezeption seiten der DDR bedanken. Einen Schatten auf den Ablauf des

hat allerdings

4

Treffens ~~haben nur die übertriebenen Sicherheitsvorkehrungen~~ *Palizei = zwei Parteien* in Güstrow geworfen, die

vielen Güstrower Bürgern die Möglichkeit

hat

genommen ~~haben~~, mit meinen Begleitern und mir

Kontakt aufzunehmen. Der Kontrast zwischen dem

Delegation - Ansatz

Verständnis in den Gesprächen und diesem

Spectaculum

behandelt

Sicherheitsaufwand zeigt die Schwierigkeiten,

Rezeptionen

denen sich deutsch-deutsche Gespräche noch

immer gegenüber sehen.

Andreas

~~Aber Güstrow steht auch noch für eine~~

andere Erfahrung. Unser gemeinsamer Besuch *im Dom* -

der Besuch des "Marxisten Erich Honecker und

des Christen Helmut Schmidt", wie Landes-

bischof Heinrich Rathke uns anredete, - dieser

Besuch hat den Bürgern in der Deutschen

Demokratischen Republik und den Bürgern bei

uns - und zwar nicht nur den Christen unter

...

Und das Fernseh-Bild der drei Personen in nebeneinander ~~steht~~ auf dem ~~Bild~~ Gestühl des Chores

- 16 -

ihnen - mehr Zeichen der Gemeinsamkeit gesetzt
als das ~~zehn~~ Tischreden tun könnten.

*ein wichtigeres
und kommunikatives
oder Revolutionen*

Ich kann an dieses Erlebnis im Güstrower
Dom nicht ohne Bewegung zurückdenken. Der

evangelische Landesbischof hat Herrn Honecker

und mich darauf hingewiesen, dass dieser Dom

ein Symbol des gemeinsamen deutschen histo-

rischen und kulturellen Erbes sei. Ich habe ihm

erwidert, dass dieser Dom auch zum Zeichen

für die gemeinsame Zukunft werden könne.

*"gemeinsame
Erinnerung und
gemeinsame
Vergangen-
genheit und
Erinnerung"*

*(Barock und der Güstrower
und die Barockzeit des 17. Jahrhunderts
haben - "was wir gemeinsam
Sache
Spenden"*

Bundesminister Egon Franke und Staats-
minister Gunter Huonker haben in meinem Namen
Kränze im ehemaligen Konzentrationslager
Sachsenhausen und auf dem Soldatenfriedhof
Halde niedergelegt, wo neben deutschen Soldaten
auch russische Zwangsarbeiter beerdigt sind.

das hat
Auch hier wurde die gemeinsame Vergangenheit
ins Bewusstsein gerufen, *den* ein gemeinsamer
Hintergrund, auf dem die Bemühungen um Annäherung
und Verständnis erst ihre Tiefenschärfe
bekommen.

VI

Dieser Hintergrund gilt heute unverändert */so*
Damals, nach 1969
wie 1969, als die *erste* sozial-liberale
Koalition die *große* Wende in der Deutschland-
politik eingeleitet und mit dem Vertragswerk
früher der siebziger Jahre Grundlagen und Rahmen für
das Verhältnis der beiden deutschen Staaten
zueinander geschaffen hat. Damals hat sich

diese Koalition in den *europäischen* weltweiten Entspannungs-
prozess *aktiv* eingeschaltet. Heute bieten
die *europäischen* weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten,
die *zwischen* Ost wie West betreffen, eine weitere *außergewöhnliche*

artige Chance,

...

gerade den Weltfrieden in Gang kommen. den Flut ihm zugleich genützt und neerstärkt.

- 18 -

gleich
 nämlich durch ~~bessere~~ *gleich* Nachbars freundschaftli-
 che Ausstragungen *zugleich zu besserer*
~~deutsch - deutscher~~ *deutsch - deutscher* Nachbarschaft zu gelangen.
 Triebfeder, in dem Bemühen nicht nachzulassen,

dass die Deutschen gemäss dem Grundlagenvertrag
 und dem Viermächteabkommen über Berlin in
 gutnachbarlichem Verhältnis zusammenleben können.

Die Gespräche vom Werbellin- und Döllnsee
 waren Gespräche unter Deutschen. Das gab ihnen
 ihre besondere Qualität. Gleichzeitig waren es
 Gespräche der politisch Verantwortlichen
 zweier Staaten, die nach je anderen Grundsätzen
 verfasst sind und die vor allem je anderen
 Bündⁿssystemen angehören. Unsere Gespräche
 waren mithin auch Teil, ein für uns wichtiger
 Teil des Ost-West-Dialogs.

Alsatz

naturlich
Wurde es notwendig

Für Generalsekretär Honecker wie mich war
 es wichtig, unmittelbar voneinander zu hören,
 wie der andere die aktuelle internationale Lage

- 19 -

erschätzt. Deshalb haben wir diese Lage ^{haben} sorgfältig erörtert und dabei besonders über ^{in Europa}

Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle

gesprochen. Wir haben die Gegensätze nicht

verkleistert, sondern sehr klar und offen

miteinander gesprochen, ^{ganz eindeutig} ich auf der Grundlage

der gemeinsamen westlichen Positionen ^{unseres}

^{des} ~~westlichen~~ Bündnisses und der ^{Europäischen Gemeinschaft}

~~Eine Überzeugung war uns gemeinsam: Wir~~

^A als Deutsche in der DDR und in der Bundes-

republik Deutschland haben eine klare ^{Tragen wir gemeinsam}

^{dafür / dafür} Verantwortung, durch unseren Umgang miteinander

dazu beizutragen, dass Spannungen in Europa

nicht verschärft, sondern so weit wie möglich

abgebaut werden. Unsere Partner im Westen,

aber auch unsere Nachbarn in Osteuropa müssen

und können darauf vertrauen, so habe ich dies

...

vor dem Deutschen Bundestag am 9. April gesagt,
 dass "jedenfalls von der Entwicklung in Deutsch-
 land keine zusätzlichen Spannungen ausgehen",
 im Kommuniqué des Treffens ^{von Ceffen Freitag} heisst es, dass
 "vom Verhältnis der beiden deutschen Staaten
 keine zusätzlichen Belastungen für das Ost-West-
 Verhältnis ausgehen dürfen". Dies ist ein
 wesentliches Element der Deutschlandpolitik
 der Bundesregierung.

Ich habe ~~keinen Anlass, daran zu zweifeln,~~
^{nicht,} dass die Sorge um die Erhaltung des Friedens in
~~Europa heute und für die Zukunft~~ auch im Denken
 und der Politik der politischen Führer der
 DDR eine zentrale Rolle spielt. Ich zweifle
 nicht daran, dass der Wille zum Frieden in der
 DDR ebenso stark und ~~vernünftig~~ ist wie bei
 uns.

- 21 -

Ich stimme mit Generalsekretär Honecker
überein: Vorrangige Aufgabe ist es, konkrete
Vereinbarungen über ein stabiles Gleichgewicht
der Kräfte auf möglichst niedrigem Niveau zu
erzielen. ~~Dazu sind Verhandlungen notwendig.~~
Diese Übereinstimmung zu einem Zeitpunkt, ^{in dem} ~~wo~~
die zentralen Verhandlungen über Mittel-
streckenwaffen in Genf ^{eben} begonnen haben, ist
wichtig und hilfreich. Ich halte es für
notwendig und nützlich, diesen Meinungs-
tausch über internationale Fragen mit der DDR
fortzusetzen, sei es bei späteren Begegnungen
mit Generalsekretär Honecker, sei es in
Gesprächen der Aussenminister. Durch ^{solchen} ~~diesen~~
Meinungsaustausch soll und kann Vertrauen
~~zwischen Ost und West~~ wachsen.

Als.

- 22 -

Wenn wir uns also um bessere Nachbarschaft bemühen, dienen wir damit nicht nur dem Interesse der Deutschen. Eine derartige Politik ist vielmehr Teil einer aktiven Friedenspolitik in und für Europa. Ich stimme Bundesaußenminister Genscher nachdrücklich zu, wenn er formuliert, "dass man nach neuen Wegen sucht, um die Sicherheit der Völker durch einen Ausgleich, durch eine Verzahnung der Interessen zu gewährleisten und eben nicht in dem Streben nach Überlegenheit oder gar nach ideologischer Missionierung". Verbesserte deutsch-deutsche Beziehungen können ^{← in der Tat} dazu beitragen, die ^{in Europa} Beziehungen zwischen Ost und West stetiger und verlässlicher zu machen und damit zur Stabilität der politischen Beziehungen in Europa beizutragen.

abs.

VII ✓

In diesen Tagen erfüllt uns die Entwicklung in Polen, die wir mit grosser Anteilnahme verfolgen, mit tiefer Sorge. Wir haben die Gründe gehört, die zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen geführt haben. Von hoher polnischer Seite ist uns und unseren Freunden die Lage im Lande erläutert worden. Trotzdem bleibt wegen des spärlichen Nachrichtenflusses unser Bild unvollständig.

Von ganzem Herzen ^{wünschen} hoffen wir, dass die Verhältnisse in Polen es bald erlauben, den Ausnahmezustand zu beenden. Papst Paul Johannes II.

hat appelliert, dass kein polnisches Blut vergossen werde, da schon so viel polnisches Blut geflossen sei. Angesichts der deutsch-polnischen Geschichte muss sich jeder deutsche Politiker, der sich seiner Verantwortung bewusst ist, diesem Appell anschliessen.

Dem Leiden des polnischen Volkes darf nicht neues hinzugefügt werden.

Wir lesen von zahlreichen Verhaftungen, von grossen Lagern, von Zusammenstössen, von Verleihen und von Tötungen. Wir nehmen daran tiefen Anteil.

^{als bald beendet werden wird.}

tiefen

wünschen

dürfen

Die Aussenminister der Mitgliedstaaten

in der Europäischen Gemeinschaft haben in London ^{gemeinsam} sehr deutlich gesagt, mit welchen Gefühlen und Erwartungen ^{die} Regierungen und Völker der Gemeinschaft die Vorgänge in Polen beobachten.

Die B. Rep.

Ich schliesse mich dieser Erklärung voll und

ganz an. Ich teile vor allem die Erwartung,

dass alle Unterzeichnerstaaten der Schluss-

akte von Helsinki sich jeder Einmischung in

die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik

Polen enthalten, und dass die Polen ihre Probleme

selbst und ohne ^{weitere} Anwendung von Gewalt lösen;

so dass der ^{unterbrochene} Prozess der Reform und Erneuerung

sich fortsetzen kann. Ich warne ^{ost und west} dringend davor,

durch spektakuläre Worte und Gesten die Ent-

wicklung in eine Richtung zu drängen, die

für ^{und sogar} die Polen, ^{leben} die für uns alle gefährlich

werden könnte.

Dass die polnische
Republik selbst
ihre Verpflichtungen
aus der Helsinki-
Schluss-Akte ernst-
haft erfüllt,
Absatz

der Volksrepublik

Unsere Politik gegenüber Polen ist und bleibt eine Politik des strengsten Respekts vor der nationalen Unabhängigkeit dieses Landes, aber auch eine Politik, die unsere Sympathien mit den Menschen in Polen zum Ausdruck bringt.

halten bestehen - im Rahmen der EG -

Wir werden die Nahrungsmittelhilfe an Polen im Rahmen der EG fortsetzen.

(Ministerpräsident haben der Bayerische)

und einige andere

Im nachhinein hat man mir geraten, ich hätte angesichts der Entwicklungen in Polen meine Gespräche mit Generalsekretär Honecker am Sonntag *vorher* abbrechen sollen. Was wollten *sie* diejenigen eigentlich erreichen, die mir solches angeraten haben? War es in dieser Lage nicht *Welche Meinungen hatten* *so kann einen Nutzen haben sollen?* wichtiger, mit Honecker über die Lage in Polen zu sprechen und mit ihm gemeinsam der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass es den Polen gelinge,

Es war richtig

Fam dem Bisher der DDR öffentlich

allein

ihre Konflikte zu lösen? Hätte nicht jede

Eine vornehmende

Dramatisierung dem Interesse europäischer

BürgerInnen unsere durch uns

Sicherheit geschadet?

Reinhold, ~~hatte~~ über den Polen ~~gen~~ und uns

kränke

Reinhold
müssen.

Reinhold dürfen sich
immer noch nicht zum
Rückzug über Polen
aufreden!

Auch hier gilt wie in der Frage der

deutsch-deutschen Politik: Politische Wirkung

kann nicht durch Nörgeln erzielt werden, Fort-

schritte lassen sich nicht herbeischwadronieren.

In meiner Regierungserklärung am 3. Dezember

habe ich an diesem Ort gesagt, das Erscheinungsbild der

CDU/CSU in der Friedens- und Sicherheitspolitik

sei diffus. Ich habe die Opposition um Klar-

stellung ihres Kurses und ihrer Absichten

gebeten. Das bisher nicht Nichts dergleichen ist erfolgt.

geschehen. Heute Nach meiner DDR-Reise erleben die Bürger jedermann

vielmehr erneut, wie diffus die Opposition sich

äußert.

die gleiche Dichtungswichtigkeit

28/11
- 28 -

sagt / Reg. Bürgermeister
Da ist der Berliner Oberbürgermeister

(CDU)
Richard von Weizsäcker überzeugt, niemand
hätte es verstanden, wenn unsere Reise in die
DDR wegen der Ereignisse in Polen abrupt

abgebrochen worden wäre, Dieses hätte vielmehr
die neuerlichen deutsch-deutschen Ansätze,
dies hätte Vertrauen zerstört. Ich teile seine

Meinung. ^{sie entspricht auch den} Aber von Weizsäcker ist nur eine
~~to~~ ^{spezifischen Interessen Berlins.}
einzelne Stimme. Im übrigen überlässt die

Opposition das Feld einmal mehr Franz Josef
(CSU) sagt gleichzeitig des
Strauss, der meint: "Schmidt hätte die DDR

Allesatz
New Gegenteil. ~~that~~ Herr Kohl,
verlassen müssen ..." und ich sei in irgendeine
bei eine gemeinsame praktisierte
"Falle" von Herrn Honecker gelaufen.

im CDU und CSU lernt, muss
sich heute morgen zwischen beiden
entscheiden. Er wird es nicht
gescheit tun;



- 27 -

in Krügerschen

Führungs-

~~*auf die für die Bundesregierung*~~

~~*Entscheidungskraft begründet werden*~~

~~*kaum*~~

In der leeren Hoffnung auf einen raschen
Regierungswechsel erweist sich die Opposition

vergessen, dass jeder Anspruch für
einmal mehr gelähmt. Auch wenn es in ihren

Reihen einige gibt, die sich vernünftig
äussern oder die es zumindest besser wissen

sollten, überlässt sie das Feld denjenigen,

deren Denken noch nicht aus den Zeiten der

Konfrontation heraus ist. Glaubt die CDU

wirklich, ein Kanzler aus ihren Reihen

könnte die Wiedervereinigung von heute auf

morgen auf diesem Wege herbeiführen? Hat

sie wirklich vergessen, wie sich das deutsch-

deutsche Verhältnis darstellte, als die

erste sozial-liberale Koalition nach Wegen

zu suchen begann, um die Ferne zu

überwinden?

*Was kein Risiko eingehen
will, das kann nichts erreichen.*

...



Zwei Bemerkungen an die Opposition: Wer in dieser zentralen Frage deutscher Politik nicht zu einer klaren Position kommt, sondern mit Absicht oder aus parteipolitischem Leichtsinns derart diffus bleibt, verdient beim Bürger kein Vertrauen.

IX,

F und Gefahren =
Rückfragen

Und zweitens: Wer in einer so schwierigen, und komplizierten Lage in der Mitte Europas das Gespräch mit der anderen Seite verweigert oder gar mutwillig abbricht, der handelt verantwortungslos gegenüber dem Lebensinteresse deutscher Politik, nämlich den Frieden zu erhalten.

Wer sich um Aufrechterhaltung des Friedens bemüht, der darf sich nicht gegen das Völkerrecht und gegen das Menschenrecht stellen. Wer sich um Aufrechterhaltung des Friedens bemüht, der darf sich nicht gegen das Völkerrecht und gegen das Menschenrecht stellen.

Noch immer begreift die Opposition den mühsam und langwierigen Prozess des Gesprächs zwischen Ost und West nicht, der allein

Wir haben das alles in den vergangenen drei Jahren erleben können des häufigeren Ausganges...

... mit...
→

30

Nicht nur wir Deutschen, nicht nur
 die Polen haben Angst, dies alles
 könnte sich wiederholen.

Alle Europäer wissen: Auch
 ihr Friede könnte aufs Spiel gesetzt
 werden. Auch die deutsch-deutschen
 Beziehungen könnten schwere Schlap-
 schritten fallen. Die friedliche Lage
 der Welt wird nicht in Ost-Block
 und nicht in Bonn gemacht.
 Aber Bonn ~~ist~~ muß und wird
 alles tun, Gefährdungen ja
 abzubauen. Und wir werden
 alles tun, unsereits Zugeständnisse
 zu vermeiden.

Wir stützen uns dabei auf das
 Einverständnis innerhalb unseres Bünd-
 nisses, zu dem ~~wir~~ dem GIV mit
 unserer Politik die mit unserer Bundes-
 verständigung -
 unser wichtige Beiträge leisten. Wir lassen
 uns dabei um der doppelten Sicherheit →

32 -

Leiten: Nicht nur darf

wird nur eine Politik gerecht, die sowohl

darauf abzielt, dass nie wieder ^{ein} Krieg von

deutschem Boden ausgeht, ^{ein. Straßern} die sich aber auch mit

Abens sehen wir uns mit allen Kräften dafür einsetzt, dass nie wieder

Deutschland zum Schauplatz eines Krieges wird. ^{zerstört}

Dieses ist der Kern der Friedensbemühungen

beider deutscher Staaten. Diesem Ziel dienen ^{auch}

meine Gespräche mit Herrn Honecker. Wer solcher

Politik mit kleinlichen Verschwörertheorien und

mit Konfrontationslust in den Weg tritt, der

muss sich nicht nur vorhalten lassen, er habe

offenbar kein Interesse an wirklichen Ergebnissen

für die Menschen. Er entzieht sich auch der

nationalen Verantwortung deutscher Politik.

In Güstrow ^{und Lübeck} oder in Ratzeburg, in Köln ^{und} oder

in Magdeburg, in Dresden ^{und} oder in München erwarten

die Menschen von uns, dass wir unsere Pflicht, ^{fun,}

unsere Pflicht, die ^{der schuldbeladenen} unsere historische Pflicht tun.

Gemeinsamen deutschen Geschichte
begründet ist.

Unsere Pflicht, die